

## Deutschlandfunk – Interview der Woche

Beitrag vom 12.10.2014 11:05 Uhr

URL dieser Seite: [http://www.deutschlandfunk.de/interview-der-woche-wir-sind-reich-wir-muessen-auch-geben.868.de.html?dram:article\\_id=300048](http://www.deutschlandfunk.de/interview-der-woche-wir-sind-reich-wir-muessen-auch-geben.868.de.html?dram:article_id=300048)

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) im Deutschen Bundestag (dpa / Rainer Jensen)

## INTERVIEW DER WOCHE

## "Wir sind reich, wir müssen auch geben"

Gerd Müller im Gespräch mit Frank Capellan

**Syrien, Irak, Westafrika, Ukraine: Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat angesichts der "Krisen um uns herum" mehr Solidarität mit den Flüchtlingen und Notleidenden angemahnt. Müller sagte im Deutschlandfunk, nicht nur der Staat, jeder Einzelne müsse "in einer solchen Notlage auch ein Stück geben".**

**Capellan:** Gerd Müller - "Wir leben in einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint", das haben Sie gesagt, als Sie in New York zunächst am Klimagipfel und dann an der Generaldebatte der Vereinten Nationen teilgenommen haben. Als Entwicklungsmminister haben Sie mit dieser Welt naturgemäß täglich zu tun. Ebola, IS-Terror, der Ukraine-Konflikt - das Krisengeschäft bestimmt derzeit wohl auch Ihren politischen Alltag. Sie reisen nun diesen Montag nach Kiew, um dort einen deutschen Hilfskonvoi in Empfang zu nehmen. Die Ukraine ist nicht unbedingt ein Entwicklungsland, warum fühlen Sie sich dennoch berufen, dort zu helfen?

**Müller:** Die Ukraine ist für uns ein ganz wichtiger Partner. Und auch dort gibt es aufgrund dieser Kämpfe und Auseinandersetzungen in der Ostukraine circa 400.000 bis 500.000 Binnenvertriebene, die keine Heimat mehr haben. Ein strenger Winter steht bevor - die Kanzlerin hat Hilfe zugesagt. Und die bringen wir jetzt mit einem Hilfskonvoi - 112 Lkws, das Notwendigste, was man braucht -, um, wenn man vertrieben ist, den Winter zu überleben.

**Capellan:** Putin hatte ja einen Hilfskonvoi auf den Weg geschickt, der von vielen eher als Unterstützungskonvoi für die Separatisten angesehen wurde. Ist der deutsche Konvoi, der in Ihrer Regie da auf den Weg geschickt wurde, ist das nun der "gute Konvoi"?

## "Wir sind reich, wir können geben"

**Müller:** Ja, bei uns sind nicht nur Mehlsäcke dabei, sondern wir bringen das, was die Menschen jetzt ganz notwendig brauchen: Winterquartiere, Sanitätsausrüstung, Medizin, Winterkleidung, Baumaterial. Also direkt praktisch. Und wir werden das dezentral an die Bürgermeister in Charkow und verschiedenen Städten dort, wo die Flüchtlinge aus der Ostukraine ankommen, verteilen. Ich erinnere mich schon an die große Wirkung der, sage ich mal, Carepakete aus den USA. Ich möchte auch die Bevölkerung in Deutschland ansprechen: Die Menschen in der Ukraine sind uns ganz nahe, und wir haben viel, wir sind reich, und wir können und müssen in einer solchen Notlage auch ein Stück geben.

**Capellan:** Ist das auch ein Zeichen dafür, dass Deutschland mehr Verantwortung in dieser Welt trägt, was ja nicht nur vom Bundespräsidenten angemahnt worden ist?



Auch Deutschland müsse den Flüchtlingen aus Syrien helfen, sagte Entwicklungsminister Müller (CSU) im DLF. (picture alliance / dpa / Sedat Suna)

**Müller:** Ja, selbstverständlich. Wir sind führende Industrienation. Die Krisen um uns herum fordern uns. Wir müssen Verantwortung übernehmen. Und Verantwortung aus meiner Sicht heißt: Jetzt, dort wo Not ist. Wir haben Krieg in Syrien - Assad gegen das eigene Land, die IS. Wir haben allein im Syrien-Umfeld, im Irak-Umfeld zehn Millionen vertriebene Flüchtlinge in Notunterkünften oder einfach auf dem Boden lagernd. Ich habe das in Erbil, in Dohuk gesehen. Und wir können da nicht die Augen verschließen, denn wir können ja und müssen helfen, dass diese Leute über den Winter kommen, überleben. Das ist auch eine menschliche Verpflichtung, eine christliche Verpflichtung. Wer reich ist, kann auch ein Prozent, würde ich mal sagen, - jeder von uns auch persönlich, nicht nur der Staat - abgeben, um diese Not, dieses Elend zu lindern.

**Capellan:** Also Sie persönlich sehen dann diese humanitäre Hilfe auch gewissermaßen als Kontrapunkt zu den Waffenlieferungen, etwa an die kurdischen Peschmerga? Mit denen waren Sie anfangs ja auch nicht so ganz einverstanden. Oder eben auch als Kontrapunkt zu der Tatsache, dass Deutschland ja jetzt zumindest indirekt auch militärisch in den Ukraine-Konflikt involviert werden könnte, indem man den Waffenstillstand dort mit deutschen Drohnen überwachen möchte?

**Müller:** Also grundsätzlich sind natürlich zu viele Waffen in der Welt. Waffen schaffen keinen Frieden - sie schaffen vielleicht Stabilität jetzt. Und die Peschmerga-Kämpfer kämpfen auch für uns. Die Anschläge, die Verfolgung der Christen, der Jesiden im kurdischen Irak, in Syrien, das ist auch ein Anschlag auf uns, auf die Kultur, religiöse ethnische Minderheiten auszurotten. Es ist dramatisch, was dort abgeht. Ich hatte die Gelegenheit, persönlich mit fünf jungen Frauen zu sprechen, die sich mir geöffnet haben und erzählt haben von einem Vergewaltigungslager. Sie haben richtig gehört! Ein Dorf, 1.400 Einwohner, das vor Kurzem überfallen wurde. 600 Männer rechts heraus - alle erschossen, vor den Augen ihrer Frauen. Die Frauen aufgeteilt in Frauen und Mädchen - die Mädchen den Kämpfern sozusagen geschenkt als Trophäe. Und da dürfen wir nicht zuschauen! Das ist ein Genozid! Und deshalb habe ich auch zugestimmt, dass wir Waffen an die Peschmerga-Kämpfer liefern, denn das ist Hilfe zur Notwehr.

**Capellan:** Und hat das bei Ihnen eine gewisse Zeit auch gedauert, bis Sie zu diesem Schluss gekommen waren? Ich sagte es eingangs, Sie waren anfangs gegen diese Waffenlieferungen. Sie sagten Mitte August: "Ich sehe uns nicht in der Verpflichtung, im Nordirak mit Waffenlieferungen einzugreifen. Ich bin für die Lieferung von Medizin, von Lazaretten, von Krankenwagen, aber nicht für die Lieferung von Waffen."

## Wir müssen immer auch diplomatisch handeln

**Müller:** Ja, die IS-Milizen morden Kinder, Frauen in bestialischer Weise. Und da können wir nicht nur Mitleid zeigen, sondern wir müssen die Notwehr auch organisieren. Aber hier darf man natürlich nicht stehenbleiben. Es sind Hunderttausende hinter der Front vertrieben. Es fehlen von den 26 Flüchtlingscamps im Nordirak derzeit zehn. Wir haben vielleicht noch vier oder acht Wochen, bis der Winter kommt. Diese Camps müssen gebaut werden. Das World Food Programme ist nicht durchfinanziert. Es kann noch sechs Wochen Nahrung ausgegeben werden. Die Säuglingsrationen werden bereits gekürzt. Das heißt, die humanitäre Hilfe, dass Hunderttausende von Flüchtlingen überleben, ist ebenso wichtig und ein diplomatischer Vorstoß. Wir müssen bei allen Kriegshandlungen immer auch diplomatisch handeln, das heißt, die UN, die Europäische Union. Es ist eine diplomatische Offensive und Initiative erforderlich, dieses Morden in Syrien, im Irak zu stoppen.

**Capellan:** Diplomatisch handeln, das führt mich noch einmal zurück zum Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Wie groß ist Ihrer Ansicht nach denn die Gefahr, dass Deutschland noch mehr Partei werden könnte im Konflikt mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, auch dadurch, dass man sich nun mit dieser Hilfslieferung engagiert?

**Müller:** In der Ukraine zeigt sich klassisch, dass auf der einen Seite die Sanktionen gegen Russland Wirkung zeigen, wenn wir sehen, der Druck auf den Rubel und Abzug von Investitionen in Russland schaffen Putin erhebliche Probleme. Das war richtig. Aber auf der anderen Seite hat die Bundeskanzlerin ständig und immer wieder auch den diplomatischen Kanal gesucht und offen gehalten, mit Putin den Kontakt, ihm auch einen Weg offen gehalten, nicht weiter zu eskalieren, sondern am Verhandlungstisch, wenn auch eine nicht ganz faire Waffenruhe jetzt zu schließen.

**Capellan:** Das Interview der Woche im Deutschlandfunk, heute mit Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. Herr Müller, lassen Sie uns weiter über die Flüchtlingssituation sprechen. Sie haben den künftigen EU-Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, auch dazu aufgefordert, einen EU-Flüchtlingssonderkommissar einzurichten. Man müsse sogar eine "Sondermilliarde" bereitstellen, also sehr viel Geld in die Hand nehmen, um den Flüchtlingen in aller Welt zu helfen. Gibt es bereits eine Reaktion von Juncker?



Waffen für die kurdischen Peschmerga im Irak seien "Hilfe zur Notwehr", sagte Entwicklungsminister Müller (CSU) im DLF. (afp/Lopez)

**Müller:** Also, 17 Millionen der Europäischen Union bisher in dieser dramatischen Lage, das ist nahezu nichts. Ich bin mehr als enttäuscht. Seit den Europawahlen und Monate davor, das heißt seit März, bewegt sich offensichtlich nichts in Brüssel. Die Kommission wird jetzt gebildet, und wir können nicht weitere Monate warten, bis Europa operationsfähig ist. Wir erleben derzeit eine Herausforderung, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben in der Frage von Vertreibung, Hunger, Elend, Not. Das heißt, Brüssel muss reagieren. In Erbil wehen die UN-Flaggen. Die Europäische Union ist nicht präsent. Und deshalb muss sofort gehandelt werden. Die EU hat Geld, es sind Töpfe vorhanden, die sind voll. Ich fordere deshalb eine "Sondermilliarde", die sofort jetzt eingesetzt wird, um Winterquartiere zu bauen, um Not und Elend zu mildern. Und dazu bedarf es auch eines Sonderbeauftragten des Kommissionspräsidenten. Denn wir haben in der neuen Kommission leider wieder vier verschiedene Kommissare, die sich um dieses Thema nicht streiten, aber die Abstimmungsprozesse werden wieder kompliziert sein. Deshalb muss dieses Thema beim Kommissionspräsidenten direkt angegliedert werden.

**Capellan:** Großes Gewicht in Brüssel hat die Kanzlerin. Haben Sie mit ihr darüber gesprochen? Wird es da Druck geben?

**Müller:** Ich habe mit der Kanzlerin darüber gesprochen. Sie sieht den Handlungsdruck ebenso.

**Capellan:** Das Bundesentwicklungsministerium braucht im Grunde, nehme ich an, mehr Geld, um die Flüchtlingssituation vor Ort, in den Regionen, in den Griff zu bekommen. Bekommen Sie dieses Geld?

**Müller:** Ja, wir haben die Freigabe für 60 Millionen zusätzlich bekommen. Wir werden in Fluchtursachen in den Ländern, in denen die Krisen entstehen und wo die Flüchtlinge zu Hause sind, investieren. Wir können nicht alle Menschen hier aufnehmen. Und eines ist auch klar: Weder in Syrien, noch in Libyen, noch in Eritrea - wo wir uns auch engagieren -, die Menschen wollen zu Hause eine Perspektive. Aber darüber hinaus müssen wir natürlich auch in Deutschland und in Europa Flüchtlinge und Asylbewerber aufnehmen - in diesem Jahr voraussichtlich 200.000. Und dazu ist es notwendig, dass wir auch eine gerechte Verteilung unter den 28 EU-Staaten erreichen. Die einen zeigen Solidarität - Deutschland in herausragender Weise, auch die nördlichen Länder - und andere ducken sich weg. Auch hier ist Brüssel gefordert, eine gleichwertige Verteilung der Flüchtlinge, der Solidarität in Europa zu organisieren.

## Die Klagen deutscher Kommunen sind nicht ganz nachvollziehbar

**Capellan:** Könnte Deutschland denn noch mehr tun? Wie viele Flüchtlinge könnten wir aufnehmen?

**Müller:** Wir sind sicherlich noch nicht an der Grenze. Man muss auch die Relation sehen. Wenn ein deutscher Landkreis 300 oder 500 Flüchtlinge aufnimmt - in den Städten sind es dann mal 2.000 -, dann klingt das nach viel, aber ich habe Städte gesehen in Jordanien, an der syrischen Grenze eine Stadt, die 60.000 Einwohner hat, die in den vergangenen zwölf Monaten 120.000 Menschen aufgenommen hat. Ich habe einen jordanischen Bauern, einen Ziegenhirten besucht, der hat seinen Stall ausgeräumt und darin eine achtköpfige syrische Familie aufgenommen. So war das bei uns - die Solidarität - nach dem Kriege auch. Ich sehe, dass die Ärmsten am meisten tun. Die Klagen deutscher Kommunen sind nicht ganz nachvollziehbar.

**Capellan:** Glauben Sie denn, dass auch die deutsche Bevölkerung bereit ist, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als mancher Politiker auch suggeriert?

**Müller:** Ja, das glaube ich. Wir müssen, erstens, die Bundesliegenschaften, die zur Verfügung stehen, schnell und unbürokratisch dafür nutzen - ich denke an freie Bundeswehrkasernen. Auch die Kirchen haben Räume, Plätze und Möglichkeiten. Und ich sage noch einmal: Das Entwicklungsministerium beispielsweise, wir bauen im Nordirak in sechs Wochen dort mit UNICEF ein Flüchtlingscamp auf, für 10.000 Menschen, dann sollten es auch in der hochzivilisierten Bundesrepublik den Landkreisen gelingen, innerhalb von sechs Wochen 200 oder 500 Flüchtlinge unterzubringen.

**Capellan:** Eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den IS-Terror spielt derzeit auch die Türkei, ein NATO-Partner. Die Türkei allerdings - Ankara - hat Angst, dass der Kurdenkonflikt wieder in die Türkei getragen werden könnte. Würden Sie dafür plädieren, dass



